

Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland deren freiwillige und gleichberechtigte Zusammenarbeit der einzige Weg zur Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland ist;

- juristische Fixierung der bestehenden Grenzen der deutschen Staaten;
- Normalisierung der Beziehungen zu beiden deutschen Staaten und zwischen den deutschen Staaten selbst auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit.

Erforderlich ist also lediglich die Fixierung der gegebenen Lage, was für keinen Staat Opfer oder Verluste mit sich bringt. Im Gegenteil, alle Staaten werden das Wichtigste gewinnen: die Festigung des Friedens, die Minderung der Spannungen, die Befreiung von der Last des Wettrüstens.

Zur Normalisierung der internationalen Lage würde auch die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen beitragen. Das entspräche dem Prinzip der Universalität der Organisation der Vereinten Nationen, es würde helfen, Schluß zu machen mit einer so unwürdigen Erscheinung wie der Politik der Diskriminierung, die immer noch von einigen westlichen Ländern in den internationalen Beziehungen praktiziert wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein realistisches Herangehen an die Frage der Anerkennung der bestehenden deutschen Staaten und die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu ihnen verschiedenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern den Boden entziehen und die Lösung solcher vordringlicher Probleme erleichtern würde, wie der Einstellung des Wettrüstens, des Abschlusses eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Ländern der NATO und denen des Warschauer Vertrages und vieler anderer.

Wer die unsinnige Anmaßung der Bundesrepublik Deutschland unterstützt, im Namen ganz Deutschlands zu sprechen, sich der imperialistischen Hallstein-Doktrin unterwirft oder sich feindseligen Demonstrationen Bonns gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten anschließt, läßt sich bewußt oder unbewußt auf die Revanchepolitik Bonns ein, erschwert die internationale Entspannung und kann, direkt oder indirekt, in folgenschwere Abenteuer hineingezogen werden.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion verfolgen eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Staaten und Völkern. Sie erklären ihre Bereitschaft, normale gutnachbarliche Bezie-